

Großer Angriff auf die Meinungsfreiheit in den USA | Mit Sarah McLaughlin von FIRE

Wir haben seit der Roten Angst keine derartige Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Amerika mehr gesehen. Die Regierung gibt zu, dass Mahmoud Khalil keine Verbrechen begangen hat. Er wurde auch nicht beschuldigt, dennoch hat die Trump-Administration seine Abschiebung ohne Anklage oder Gerichtsverfahren angeordnet, nur wegen seiner verfassungsmäßig geschützten Rede, die Israel kritisiert. Gleichzeitig hat die Regierung die Bundesfinanzierung für alle Universitäten ausgesetzt, die sich weigern, Kritik an Israel auf ihrem Campus ausreichend zu zensieren und zu bestrafen. An der Columbia University haben sie angeordnet, dass die Abteilung für Nahoststudien unter staatliche Kontrolle gestellt wird: staatliche Kontrolle des Lehrplans. Um über diese beispiellose Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Amerika zu diskutieren, wird der unabhängige Journalist Harrison Berger von Sarah McLaughlin von der FIRE begleitet.

#M3

Im Februar reiste J.D. Vance nach Europa, wo er die EU für ihr aggressives und expansives Zensurregime herausforderte. Doch nur wenige Wochen später scheint es, als ob die Vereinigten Staaten ein eigenes Zensurregime annehmen. FIRE ist eine Organisation, die konsequent die Redefreiheit der Amerikaner verteidigt, unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit. Wenn es sich um verfassungsrechtlich geschützte Rede handelt, verteidigen sie diese, unabhängig von der Ideologie der Person, die sie äußert. Hier, um die neuesten Bedrohungen der Redefreiheit durch die Trump-Administration zu diskutieren, ist Sarah McLaughlin von FIRE.

#F1

Danke, dass Sie mich eingeladen haben.

#M3

Beginnen wir mit der Inhaftierung und bevorstehenden Abschiebung des Columbia-Studenten und rechtmäßigen ständigen Wohnsitzinhabers der Vereinigten Staaten, Mahmoud Khalil. Die Regierung gibt zu, dass Mahmoud Khalil keine Verbrechen begangen hat. Er wurde auch nicht beschuldigt. Stattdessen behauptet die Trump-Administration, dass er eine Bedrohung für die Außenpolitik und die nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten darstellt, und allein das rechtfertigt seine willkürliche Inhaftierung und Abschiebung.

Trump twitterte, dass seine Regierung keine, Zitat, anti-amerikanischen, pro-terroristischen oder antisemitischen Aktivitäten auf dem Campus tolerieren würde und dass die Verhaftung von Khalil die

erste von vielen gegen jeden sein würde, der, Zitat, mit einer Gruppe sympathisiert, die die Regierung auf eine Terrorliste setzt. Ihre Organisation, FIRE, schickte sofort einen Brief an die Trump-Regierung, in dem sie forderte, eine rechtliche Grundlage für die Inhaftierung und Abschiebung von Mahmoud Khalil bereitzustellen, und fragte, ob Mahmoud Khalil irgendwelche Rechte auf ein ordnungsgemäßes Verfahren gewährt werden. Hat Ihre Gruppe eine Antwort oder Klarheit von der Trump-Regierung erhalten?

#F1

Nein, meines Wissens haben wir keine Antwort erhalten. Aber ich denke, ein Teil des beunruhigenden und schwierigen Aspekts dieses Falls, unter den vielen schwierigen und beunruhigenden Aspekten, sind die verschiedenen Rechtfertigungen, die die Regierung vorgebracht hat. Und das sind die, die Sie genannt haben. Wissen Sie, Präsident Trump hat angedeutet, dass jeder Einwanderer, der sich an anti-amerikanischer Rede beteiligt, für eine Bestrafung haftbar gemacht werden könnte. Und das ist sehr besorgniserregend. Ich meine, es gibt wirklich kein begrenzendes Prinzip dafür, was anti-amerikanisch ist. Ich könnte Ihnen nicht sagen, wo das anfängt und wann es endet.

#M3

Es gab einen ähnlichen Fall wie diesen, der letztendlich 1945 vor dem Obersten Gerichtshof verhandelt wurde, und es ging um den Versuch der Bundesregierung, einen legalen Einwohner wie Mahmoud Khalil wegen seiner Sympathie für und Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und zum Kommunismus abzuschieben. Das Gericht entschied in *Bridges v. Wixon* und hat seitdem wirklich bestätigt, Zitat: Sobald ein Ausländer rechtmäßig in dieses Land einreist und hier lebt, wird er mit Rechten ausgestattet, die durch die Verfassung allen Menschen innerhalb unserer Grenzen garantiert werden. Diese Rechte umfassen diejenigen, die durch den Ersten und Fünften Verfassungszusatz und durch die Due Process Clause des 14. Verfassungszusatzes geschützt sind, die in diesem Fall relevant zu sein scheinen. Nun bestreiten Verteidiger der Regierung das. Sie behaupten, dass die Verwaltung Einwanderer, dauerhafte legale Einwohner, willkürlich abschieben und bestrafen kann, ohne ein ordentliches Verfahren, nicht wegen irgendwelcher Verbrechen, die sie begehen, sondern wegen ihrer politischen Meinungen und Äußerungen. Gibt es eine Grundlage für ihr Argument?

#F1

Nun, die Rechtsprechung war etwas unklar, aber wir glauben, dass die in *Bridges v. Wixon* vorgebrachten Argumente die richtigen sind, dass der Erste Verfassungszusatz für Menschen gilt, die sich legal in den Vereinigten Staaten aufhalten. Und wir glauben, dass er Khalil schützt und Khalil schützen sollte. Wir hoffen, dass die Gerichte dies in diesem Fall klarstellen, denn was wir nicht wollen, ist, dass sich Einwanderer, die sich in den Vereinigten Staaten aufhalten, nicht frei am Austausch von Ideen beteiligen können, der Amerika zu einem so wunderbaren Ort macht.

#M3

Nun, ich möchte darauf näher eingehen und fragen, wie die Regierung die Politik von Mahmoud Khalil definiert und welche Gefahr das für jemanden mit ähnlichen oder sogar radikaleren Ansichten als er darstellen könnte. Die Regierung beschuldigt Khalil der pro-Hamas-Aktivitäten. Sie verspricht, gegen andere Studenten vorzugehen, die sich in ähnlichem Verhalten engagieren. Selbst wenn Mahmoud ein Fan von Hamas wäre, wäre diese Meinung durch das First Amendment als freie Meinungsäußerung geschützt. Aber Sarah, in welche pro-Hamas-Aktivitäten hat sich Mahmoud Khalil überhaupt engagiert? Ich habe gründlich gesucht, und Mahmouds Kritiker haben noch intensiver als ich nach Beweisen für Mahmoud Khalils Unterstützung für Hamas gesucht.

Und es gibt keinen. Nach allen Berichten ist Khalil eine ziemlich konservative Stimme unter den Protestierenden in Columbia, und er wurde sogar von der Verwaltung der Columbia-Universität als Vermittler für Verhandlungen vertraut, weil die Verwaltung ihn als einen Akteur in gutem Glauben mit Integrität anerkannte. Wenn die Regierung Khalils Handlungen auf dem Campus, die lediglich darin bestehen, an Protesten gegen die US-Unterstützung für Israel teilzunehmen, als pro-Hamas definiert und die Regierung verspricht, gegen andere pro-Hamas-Personen vorzugehen, welche Gefahr stellt das dar, nicht nur für Menschen, die Khalils Ansichten über die US-Unterstützung für Israel teilen, sondern auch für noch radikalere Ansichten als seine?

#F1

Nun, wissen Sie, ich kann nicht für alles, was Khalil gesagt hat, Rechenschaft ablegen. Ich bin nicht mit all seinen politischen Positionen vertraut. Aber das Problem hier ist, dass, wenn die Regierung glaubt, dass Khalil ein Verbrechen begangen hat, es an ihr liegt, dieses Argument zu machen. Sich an geschützter Rede zu beteiligen, die der Regierung nicht gefällt, ist meines Wissens nach in diesem Land immer noch kein Verbrechen. Das ist also das Problem. Und die Frage seiner Unterstützung für die Hamas oder ob er mit der Hamas in Verbindung steht, ist eine andere Sache als die Bereitstellung von materieller und finanzieller Unterstützung für eine vom US-Regierung anerkannten Terrorgruppe. Ich denke, es wurde durch dieses Thema eine gewisse Unklarheit geschaffen, indem sie andeuten, dass er mit der Hamas in Verbindung steht. Aber allein die Rede, Rhetorik, Propaganda, das sind Dinge, die durch den Ersten Verfassungszusatz geschützt sind, auch wenn viele Menschen, einschließlich Menschen in der Bundesregierung, diese Rede nicht mögen.

#M3

Welche Auswirkungen befürchten Sie, dass Mahmouds Inhaftierung wegen seiner politischen Rede, die Israel kritisiert, allgemein auf die Diskussionen auf dem Campus zu diesen wichtigen außenpolitischen Fragen haben könnte?

#F1

Nun, wissen Sie, zunächst einmal haben wir Hunderttausende von internationalen Studenten in den Vereinigten Staaten. Es gibt Millionen von Einwanderern in diesem Land. Und was hier auf dem Spiel steht, ist, dass wir im Wesentlichen zwei Klassen von Menschen auf dem Campus schaffen: Menschen, die Bürger sind und sich frei fühlen zu sprechen, und Studenten, die legale Einwohner, aber keine Bürger der Vereinigten Staaten sind, die sehr guten Grund haben zu befürchten, dass sie, wenn sie etwas sagen, das die Bundesregierung vielleicht als antiamerikanisch betrachtet, im nächsten Flugzeug aus den Vereinigten Staaten sein könnten. Und natürlich wird das die Redefreiheit einschränken. Hunderttausende von Menschen könnten plötzlich denken, bin ich frei, zu sagen, was ich denke? Und das ist nicht etwas, das wir wollen, dass Menschen, die hier in den Vereinigten Staaten sind, erleben. Das sind Dinge, die ich von internationalen Studenten aus autoritären Ländern über ihre eigenen Nationen höre. Ich möchte nicht, dass das über die Vereinigten Staaten gesagt wird.

#M3

Ich wollte Sie danach fragen, weil Sie einen neuen Artikel im Guardian haben. Er heißt "Redner wegen angeblicher Propaganda abzuschieben, ist ein typischer autoritärer Schachzug." Und Sie sagen, hier in den Vereinigten Staaten setze ich mich für die Rechte internationaler Studierender ein, die aus autoritären Regimen stammen, auf unseren Universitätsgeländen studieren und befürchten, dass Forschung oder politische Aktivitäten, die ihre Regierung herausfordern, zu Konsequenzen in ihrer Heimat führen werden. Nun, Einwanderer, die sich legal in den Vereinigten Staaten aufhalten, entweder mit einer Green Card oder einem Studentenvisum, könnten gezwungen sein, einige der gleichen Überlegungen anzustellen wie diejenigen, die in autoritären Staaten im Ausland leben oder arbeiten, aber in Bezug auf unsere eigene Regierung. Wie spiegelt das aktuelle Vorgehen gegen pro-palästinensische Reden auf dem Campus das Vorgehen gegen Dissens in autoritären Ländern wider, etwas, das Sie sehr genau untersucht haben?

#F1

Ich habe mit vielen internationalen Studenten gearbeitet, insbesondere aus China, die sehr guten Grund haben zu befürchten, dass es Konsequenzen für sie oder ihre Familien geben könnte, weil sie an einem Protest gegen die chinesische Regierung auf einem College-Campus teilnehmen. Einige von ihnen haben sogar erlebt, dass ihre Eltern zum Verhör vorgeladen wurden, um zu erklären, was ihre Kinder tun. Warum hält Ihr Sohn dieses Schild hoch? Warum hat Ihr Kind diesen Tweet gepostet? Und so ist es beunruhigend, dieselben Bedenken von diesen Studenten zu hören, dass die US-Regierung nun darauf achten könnte, was sie sagen, und versuchen könnte, sie ins Visier zu nehmen. Das ist sehr besorgniserregend. Und es ist das Gegenteil von dem, was wir wollen, dass Studenten aus ihrer Zeit in den Vereinigten Staaten mitnehmen. Internationale Studenten, die hierher kommen, sollen in der Lage sein, voll an der Meinungsfreiheit teilzuhaben, die wir für das Besondere an der amerikanischen Hochschulbildung und Amerika insgesamt halten. Und ich möchte nicht, dass dies die Fähigkeit dieser Studenten einschränkt.

#M3

Ich möchte Ihnen noch eine Frage zu den Vorgängen an der Columbia University stellen, da diese Inhaftierung Teil eines größeren Vorgehens gegen Antisemitismus ist. Um Antisemitismus zu bekämpfen, hat die Bundesregierung kürzlich eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, darunter der Versuch, die Bundesfinanzierung für Universitäten scheinbar davon abhängig zu machen, ob sie bereit sind, bestimmte Ansichten über Israel auf dem Campus zu zensieren und zu bestrafen. In einem an Columbia gesendeten Schreiben forderte die Trump-Administration die Universität auf, eine formelle Definition von Antisemitismus zu übernehmen, und legte nahe, dass sie die IHRA-Definition, eine umstrittene Definition von Antisemitismus, als Grundlage für die Durchsetzung von Antidiskriminierungsmaßnahmen auf dem Campus annehmen. Sie forderten die Universität auf, das Department für Nahoststudien unter eine Zwangsverwaltung zu stellen, also unter staatliche Kontrolle des Lehrplans. Welche verfassungsrechtliche Grundlage hat die Bundesregierung, um das zu tun, ihren eigenen Lehrplan aufzuerlegen und die Grenzen der akzeptablen Debatte auf den Columbia-Campus zu diktieren?

#F1

Wir sind also sehr besorgt über sowohl diesen Brief als auch den Prozess, der damit eingeleitet wurde. Dies ist nicht wirklich die Art und Weise, wie die Bundesregierung mit Universitäten über die Aufhebung von Bundeszuschüssen kommunizieren und zusammenarbeiten sollte. Wie Sie erwähnt haben, gibt es einige wirklich besorgniserregende Dinge in dem Brief, der letzte Woche an Columbia geschickt wurde. Ich weiß nicht genau, wie es aussehen wird, wenn ein akademisches Fachgebiet unter Zwangsverwaltung gestellt wird, aber ich habe sehr guten Grund zu der Annahme, dass es dort Bedenken hinsichtlich der akademischen Freiheit gibt. Die IHRA-Definition, wie Sie erwähnt haben, enthält Beispiele, die in vielen Fällen einfach politische Äußerungen über Israel wären, die durch den Ersten Verfassungszusatz geschützt sind. Ob es sich um populäre Reden handelt, ob sie fair sind, ob sie gut ankommen, ist eine andere Frage als die, ob sie geschützt sind. Dafür ist der Erste Verfassungszusatz da. Er soll nicht Reden schützen, die jeder mag.

#M3

Richtig. Und ich wollte Sie nach einem zunehmend häufigen Hindernis fragen, dem Befürworter der Meinungsfreiheit in diesen politischen Debatten begegnen. Ich möchte dieses Thema der Antidiskriminierungsdurchsetzung, diese Bestimmung von Titel VI, über die wir kürzlich gesprochen haben, als Fenster in diese Debatten nutzen. Ich habe in der Vergangenheit oft von dieser Bestimmung gehört, die die Trump-Administration nun nutzen möchte, um Antisemitismus auf dem Campus zu bekämpfen, Titel VI. Aber normalerweise höre ich davon, weil sie gegen konservative Studenten auf dem Campus eingesetzt wird, die zu scharf über Trans-Themen oder Rassenthemen sprechen.

Und es sind normalerweise Konservative, die sich darüber beschweren, dass Titel VI in umfassender Weise eingesetzt wird, um heterodoxe Ideen auf dem Campus zum Schweigen zu bringen, während Liberale fordern, dass Titel VI für noch mehr Zensur eingesetzt wird. Aber jetzt, da die Ziele der Antidiskriminierungsdurchsetzung die politische Linke, pro-palästinensische Demonstranten, sind, bejubeln viele auf der rechten Seite denselben Zensurrahmen, den sie jahrelang verurteilt haben. Ich bin mir nicht sicher, ob Ihnen das auch aufgefallen ist. Während die Linke heute die Zensur verurteilt, bleibt ihre Glaubwürdigkeit zu diesem Thema für viele Amerikaner schwach, die beobachten haben, wie die politische Linke den Vorwand für einen Großteil der Campuszensur geschaffen hat, die jetzt verwendet wird.

Zunächst richtete es sich gegen Konservative, aber jetzt wird es gegen sie eingesetzt. Ihre Organisation hat seit vielen Jahren davor gewarnt, den Rahmen von Titel VI zu missbrauchen, um unerwünschte, aber verfassungsrechtlich geschützte Reden zu bestrafen. FIRE war in dieser Frage konsequent und hat daher mehr Glaubwürdigkeit als fast jede andere Gruppe, um dies zu verurteilen. Welche Gefahren drohen der Redefreiheit auf dem Campus mit einem umfassenden Ansatz zur Durchsetzung von Titel VI Anti-Diskriminierung auf dem Campus? Und wie ich bereits früher erwähnt habe, wie scheinen sich die politischen Allianzen zur Verteidigung der Redefreiheit wirklich zu ändern, je nachdem, um welche Rede es sich handelt? Warum passiert das?

#F1

Was passiert also mit Columbia und dem Titel VI-Problem? Es gab in den letzten Jahren eine Reihe von sehr besorgniserregenden Vorfällen an der Columbia, und es könnte durchaus sein, dass Columbia es versäumt hat, angemessen auf Belästigung, Bedrohungen und Diskriminierung zu reagieren. Aber die Art und Weise, wie dies jetzt durchgeführt wird, birgt die große Gefahr, dass viele Universitäten, die beobachten, was mit Columbia passiert und die ebenfalls mit potenziellen Titel VI-Untersuchungen konfrontiert sind, denken, wir müssen nicht nur gegen ungeschütztes Verhalten oder Bedrohungen vorgehen, sondern auch geschützte Reden zensieren, die Menschen verärgern könnten. Und das ist das große Risiko hier.

Nicht nur diese Untersuchungen selbst, die in gewisser Weise besorgniserregend sind, sondern auch, wie sie Universitäten, die ohnehin dazu neigen, Reden übermäßig zu zensieren und zu bestrafen, dazu bringen könnten, dies jetzt noch mehr in Bezug auf Reden über Israel und Gaza zu tun, weil sie nicht die nächste Columbia sein wollen. Sie wollen nicht die nächsten sein, die ins Visier geraten. Und, wissen Sie, mit dem, was Sie über das manchmal wechselnde Blatt gesagt haben, denkt FIRE, dass es so wichtig ist, unparteiisch zu sein, weil wir wissen, dass sich die Allianzen und die Unterstützung für freie Meinungsäußerung immer verschieben werden und es immer Bedrohungen aus neuen und alten Richtungen geben wird. Und deshalb ist es wichtig, eine prinzipielle, unparteiische Haltung dazu einzunehmen, damit man diese Rechte immer an seiner Seite hat, egal wer an der Macht ist und egal wer das Ziel ist.

#M3

Nun, es ist wirklich großartig, eine Organisation wie FIRE zu haben, die zuverlässig die Redefreiheit der Amerikaner und in diesem Fall auch der legalen Bewohner auf amerikanischem Boden gleichermaßen verteidigt, unabhängig von ihrer Ideologie. Und wir sind alle besser dran dadurch. Also vielen Dank für alles, was Ihre Organisation tut, und dafür, dass Sie heute hier sind, um mit mir zu sprechen.

#F1

Danke.